

Die SP strebt in Uster das Stadt- und das Schulpräsidium an Seite 18

Zürich hilft Mietern, die ihr Wohnhaus kaufen wollen Seite 18

Die SP nominiert Raphael Golta als Nummer 4 für den Stadtrat Seite 19

Markus Scheumann mimt auf der Pfauenbühne Josef K. Seite 21

SP setzt auf eine neue Uferweg-Initiative

Die Kantonsratsfraktion der SP macht eine folgenreiche Kehrtwende – den Uferweg-Kompromiss lehnt sie ab

In der Uferweg-Vorlage schlägt vor der Schlussabstimmung im Kantonsrat die Stunde der Taktierer. Es sieht jetzt danach aus, dass der Kompromiss durchfällt. Die SP will ihn doch nicht mittragen – und setzt lieber auf eine neue Volksinitiative.

Andreas Schürer

Die Debatte über die Seeuferweg-Vorlage ist um eine Wendung reicher. Die SP will sich nun doch nicht mit einem von der FDP forcierten Kompromiss zufriedengeben, der die Eigentümer am Zürichsee bestmöglich vor Enteignungen schützen soll. In der ersten Lesung des neuen Gesetzes, das auf einen durchgehenden Weg um den Zürichsee abzielt, gab sich die SP noch bescheiden (NZZ 27.8.13). Kantonsrätin Monika Spring sagte damals, es gelte, «das Entlein am Ufer statt den Schwan auf dem See» anzustreben. Nun will die Partei doch den Schwan: In der Fraktions-sitzung vom Montag setzte sich eine klare Mehrheit durch, die den Kompromiss ablehnt. Daniel Frei, Präsident der SP des Kantons Zürich, bestätigt entsprechende Informationen der NZZ. Laut Frei herrscht in der Fraktion nun ein breiter Konsens, dass der zusätzliche Schutz vor Enteignungen eine inakzeptable Sonderregelung darstelle. Er meint: «Diese Kröte können wir nicht schlucken – sie bleibt im Hals stecken.»

Definitives Nein der Grünen

Nein sagen auch die Grünen und die SVP, die den vorliegenden Kompromiss aus unterschiedlichen Gründen beide schon in der ersten Lesung ablehnten. Die GLP, die sich auch kritisch äusserte, hat sich hinsichtlich der Schlussabstimmung noch nicht entschieden, wie Fraktionschef Benno Scherrer sagt.

Anders die Grünen. Sie gaben an einer kürzlichen Fraktionssitzung laut einer gut unterrichteten Quelle auch für die kurz nach den Herbstferien stattfindende Schlussabstimmung die Nein-Parole heraus; Fraktionszwang wurde allerdings nicht beschlossen. Fraktionschefin Esther Guyer will den Entscheid nicht kommentieren, da Geheimhaltung vereinbart worden sei. In der ersten Lesung stiessen sich die Grünen stark am zusätzlichen Passus, den die Kommission für Planung und Bau in die Umsetzungsvorlage des Regierungsrats ein-



Zurück auf Feld eins: Dies ist wohl das Schicksal der Uferweg-Debatte. GIORGIA MÜLLER / NZZ

gebaut hatte. Nach diesem dürfen Grundstücke am See grundsätzlich nicht gegen den Willen der Eigentümer beansprucht werden, sofern andere Wegführungen mit verhältnismässigem Aufwand möglich sind. Konkret bedeutet dies, dass öfters Wegstrecken in Kauf genommen werden sollen, die nicht dem Wasser entlang verlaufen, sondern hinter den am See liegenden Anwesen.

Als «Sonderbehandlung für die See-anstösser» wertet diesen Passus auch der GLP-Fraktionschef Benno Scherrer. Auf diese Weise werde die Umsetzungsvorlage der Regierung in eine eigentliche «Nicht-Umsetzungs-Vorlage» verwandelt. Wie sich die GLP in

der Schlussabstimmung verhalten wird, ist laut Scherrer aber noch offen; in der ersten Lesung sprach sie sich noch klar gegen die Kompromissvariante aus.

Bei der SVP scheinen die Würfel gefallen zu sein. Für sie ist der zusätzliche Passus zu schwammig, der Schutz vor Enteignungen ungenügend. Die explizit erwähnten Einschränkungen würden Tür und Tor für Rechtsstreitigkeiten öffnen, befürchtet die SVP. Deren Fraktionschef, Jürg Trachsel, sagt auf Anfrage, dass sich an dieser Einschätzung nichts geändert habe – er sehe keinen Grund, um vom Nein zu der Vorlage abzuweichen. Damit ist klar: Das Geschäft dürfte im Rat scheitern. SP, Grüne und

SVP verfügen über eine klare Mehrheit, selbst wenn es einzelne Abweichler geben und die GLP noch umschwenken sollte. Für die jetzige Vorlage bedeutet das die Endstation – der Streit um den Seeuferweg wird aber in eine neue Runde gehen.

Die Vorgeschichte ist lang und steinig. Am Anfang standen zwei Initiativen der SP und der EVP, die einen durchgehenden Weg um den Zürichsee forderten, wobei Erstere bezüglich Ufernähe und Zeitplan radikaler war. Beide sind inzwischen zurückgezogen worden, weil der Kantonsrat im August 2011 einen Gegenvorschlag beschloss. Im November 2012 legte der Regierungsrat die Umsetzungsvorlage vor. Ihr Kern: Für Uferwege müssen jedes Jahr mindestens sechs Millionen Franken vorgesehen werden, vier Millionen davon für Projekte am Zürichsee. Dann folgte ein umstrittener Schritt: Die Kommission für Planung und Bau ergänzte die Vorlage um den eigentümerfreundlichen Passus, von dem FDP-Kantonsrätin Carmen Walker Späh sagt, dass er die Hürde für Enteignungen so hoch wie nur möglich lege. Minderheitsanträge, die auf eine Streichung oder Abschwächung dieser Variante abzielten, lehnte der Rat Ende August ab.

Neue Initiative geplant

Nun wird der SP-nahe Verein Zürisee für allii wohl bald wieder auf die Strasse gehen. Julia Gerber Rüegg, Vereinspräsidentin und SP-Kantonsrätin, zeigt sich erfreut über den Entscheid ihrer Fraktion – die ursprüngliche Initiative sei zu stark verwässert worden. Nun sei die Ausgangslage ausgezeichnet: Mit der Umsetzungsvorlage der Regierung liege eine fundiert ausgearbeitete Version vor, die aus ihrer Sicht zielführend sei. Der regierungsrätliche Vorschlag habe in einer Volksabstimmung sicher gute Chancen, zumal er in einer breiten Vernehmlassung positiv aufgenommen worden sei, namentlich bei betroffenen Gemeinden. Gerber Rüegg sagt: «Wir hoffen nun, dass die Vorlage im Kantonsrat beerdigt wird – dann haben wir den Tisch frei für eine neue Lösung.»

Bei der FDP sorgt die neue Wendung für Kopfschütteln, wobei nicht der Schwenker der SP den Anlass gibt, sondern die Haltung der SVP. Für Carmen Walker Späh spielt diese mit dem Feuer, wenn sie in der Schlussabstimmung den Kompromiss zusammen mit SP und Grünen versenkt. «Den Eigentümern ist so nicht gedient.»

«Carlos»-Bericht liegt Ende November vor

Justizkommission untersucht

asü. · Die Justizkommission (Juko) hat mit der Aufarbeitung des Falls «Carlos» begonnen (NZZ 10.9.13). Laut einer Mitteilung liess sie sich am Dienstag von der Direktion der Justiz und des Innern über den Umgang mit dem 18-jährigen Gewalttäter informieren, der schweizweit für Diskussionen sorgt. Das Thema an der Sitzung waren laut der Mitteilung «die Vorkommnisse im Fall «Carlos» und die sich daraus ergebenden Fragen für die Jugendstrafrechtspflegebehörden und den Vollzug von Massnahmen». Bis Ende November werde die Juko als Gesamtgremium zuhanden des Kantonsrates Bericht erstatten, heisst es.

Das Parlament hat die Latte hoch gelegt: Sollte der Bericht nicht kritisch ausfallen, drängen SVP, FDP, BDP und CVP auf eine Parlamentarische Untersuchungskommission. Die BDP und die CVP, die in der Juko nicht vertreten sind, verlangen zudem, dass die Protokolle für alle Parlamentarier einsehbar sind. Diesem Wunsch könne aufgrund der Vertraulichkeit der Informationen nicht nachgekommen werden, sagt Juko-Präsident Hans Läubli (gp.). Die gezielte Information nicht verteilter Parteien sei aber denkbar.

Mehr Polizei im Hauptbahnhof

Neuer Posten in Zürich

zac. · Der Posten der Kantonspolizei Zürich ist im Hauptbahnhof neuerdings nicht mehr zu übersehen. Ein blaues Leuchtschild weist auf einen hellen Empfang hinter grossen Fensterscheiben. Bisher befand sich der Posten fast an gleicher Stelle im Nordtrakt – allerdings in einem kargen Raum im ersten Stock, zu dem eine düstere Treppe hochführte. Zum neu rollstuhlzugänglichen Schalter kommt ausserdem noch ein Rapport-Raum dazu. Mit der Vergrößerung des Postens um rund 100 Quadratmeter sind im Hauptbahnhof nun 37 Polizisten beschäftigt – 2008 waren es noch 27. «Wir wollen durch unsere Präsenz Sicherheit demonstrieren», hat Thomas Würzler, Kommandant der Kantonspolizei, an einer Medienkonferenz am Dienstag gesagt. Der Hauptbahnhof Zürich sei mit 400 000 Reisenden pro Tag ein sehr zentraler Ort für die Arbeit der Kantonspolizei. Der neue Polizei-Schalter im Bahnhof steht ab dem nächsten Montag täglich von 7 bis 22 Uhr offen.

Die Zukunft ist ungewiss

Die Folgen eines Neins zum neuen Fussballstadion sind unklar – trotz anderslautenden Behauptungen

Sollten die Stadtzürcher Stimmbürger zum neuen Fussballstadion Nein sagen, wird es so nicht gebaut. So viel ist klar.

Wenn es aber um die fernere Zukunft geht, wird vieles einfach behauptet – von beiden Seiten.

rsr. · Üblicherweise ändert sich nichts, wenn an einer Volksabstimmung die Nein-Stimmenden am Ende in der Mehrzahl sind. Nur wenn über 50 Pro-

NEUES FUSSBALLSTADION

Stadtzürcher Volksabstimmung vom 22. September

zent ein Ja in die Urne gelegt haben, kommt etwas Neues: ein Gesetz, ein Bau, ein Recht oder eine Pflicht. Bei der Stadtzürcher Abstimmung über ein neues Fussballstadion am 22. September wird bei einem Ja anschliessend bis

Sommer 2017 auf dem Hardturmareal, wo bis 2007 ja bereits in einem grossen Stadion Fussball gespielt wurde, gebaut.

Was allerdings bei einem Nein an der Urne weiter passiert, ist umstritten. Die Befürworter der Vorlage malen die Zeit nach einer solchen Niederlage in den düstersten Tönen. Einer der zwei Profiklubs FCZ und GC werde in diesem Fall die kommenden fünf bis zehn Jahre nicht überstehen, also absteigen oder gar in Konkurs gehen. Implizit wird an das Verantwortungsgefühl der Stimmbürger appelliert, nicht ohne Zwang die reiche städtische Sportgeschichte um einen wesentlichen Aspekt zu kürzen.

Widersprüchliche Prognosen

Wie es konkret in der Frage eines neuen Fussballstadions weitergehen würde, sehen die Befürworter des vorliegenden Projekts auch schon klar: An ein anderes Vorhaben sei bei einem Nein nicht zu denken. Die Stadt Zürich würde sich hier zurückziehen, sagen die zuständi-

gen Stadträte, und kein Privater werde sich in die entstehende Lücke begeben wollen. Die Gegner im Abstimmungskampf widersprechen, setzen dabei in der Ausgestaltung der Zukunftsszenarien aber auch auf Behauptungen: Innert nicht zu langer Zeit werde sich ein Akteur finden, der ein neues Stadionprojekt präsentieren werde.

Beide Lager scheinen in dieser Argumentation einem Bauchgefühl zu folgen. Es mag sein, dass jemand einem Deus ex Machina gleich der Stadt nach einem Nein am übernächsten Sonntag doch noch zum Fussballstadion verhilft. Es kann aber auch sein, dass das Thema auf Jahre hinaus gegessen ist. So werden in dieser Frage Einschätzungen oder Behauptungen der Abstimmungskämpfer verbreitet, wirklich klären wird sich die Zukunft erst, wenn sie näher rückt.

Etabliert hat sich bei jenen, welche die Stadionvorlage ablehnen und der zugleich zur Abstimmung gelangenden und damit verknüpften Wohnbauvorlage zustimmen, die – wiederum – Be-

hauptung, diese Verknüpfung werde sich im Fall der Fälle auflösen lassen. Diese Unterstellung beruht auf der Annahme, dass sich mit einem Ja zur Wohnsiedlung Druck aufbauen liesse, der die Grossbank CS bewege, die vertraglich zugesicherte Option eines Rückkaufs des Areals nicht auszuüben, oder die Stadt animiere, 45 Millionen Franken zusätzlich zu investieren, um das Gelände zu Marktkonditionen zu übernehmen.

Ausweichen in Letzigrund?

Als weitere oft wiederholte Unterstellung steht im Raum, die Fussballklubs würden wichtige Spiele auch mit neuem Stadion weiter im Letzigrund austragen, weil dort die Kapazität grösser ist. Hierbei werden drei Punkte ausser acht gelassen: Der Letzigrund wäre künftig mehr von andern Veranstaltern gebucht, logistisch würde ein Mehraufwand anfallen, um das Stadion jeweils wieder fussballtauglich zu machen, und die Stadt kassierte auch dort Miete.

ANZEIGE



CONFISERIE SPRÜNGLI

Tradition seit 1836



AMARETTI: EINE BITTER-SÜSSE VERSUCHUNG

Confiserie Sprüngli Telefon 044 224 47 11
bestell-service@spruengli.ch www.spruengli.ch

Sprüngli